

Von Gegenschlägen und Rückschritten

U nlangst fand ich meine Notizen zu einem Kurzvortrag, den ich im Dezember 1999 gehalten hatte – bei einem Treffen der *Demokratischen Offensive*, einer Initiative von Aktivist_innen um den *Republikanischen Club* gegen die FPÖ-Regierungsbeteiligung. Der erste Satz des Manuskripts lautet: „Wir befinden uns in einer Backlash-Situation; die Probleme, die heute öffentlich diskutiert werden, stehen weit hinter dem Niveau der Diskussionen vor etwa zehn Jahren.“ Was ich vor 19 Jahren als „Backlash“ bezeichnet habe, ist inzwischen ein eindeutiger Rückschritt geworden – auf fast allen gesellschaftspolitischen Ebenen.

Tatsächlich diskutierten wir Ende der 1980er Jahre über Doppelstaatsbürgerschaft, Wahlrecht für Nicht-Österreicher_innen, Multikulturalität, offene Grenzen ... Den ersten harten Gegenschlag markiert das sogenannte Fremdengesetz, das 1993 in Kraft trat. Die öffentliche Diskussion um die Entkoppelung des Wahlrechts von der Staatsangehörigkeit wurde damals schlagartig von der Frage überdeckt, wie viel Quadratmeter Wohnfläche ein „Fremder“ vorweisen müsse, um den Aufenthaltstitel verlängert zu bekommen. Das Ausmaß der Strafe bei Fristversäumnissen löste als Thema die Forderung ab, Wohnbürgerschaft als Kriterium für politische Rechte einzuführen. So war es auch kein Zufall mehr, dass mit der Errichtung der offenen rassistischen Regierung im Jahre 2000 Diskussionsthemen überhandnahmen wie: Sollen Kinder in Schubhaft genommen werden oder nicht; Integration vor oder nach Zuwanderung; Quoten von 100 oder 150 „Fremden“ für ein Bundesland; soll das Erlernen der deutschen Sprache zur Pflicht gemacht werden, und können „sie“ angesichts ihrer so fremden Kultur überhaupt Deutsch lernen?

Der Gegenschlag hat in gesellschaftspolitischen Belangen andere Auswirkungen als im Boxkampf. Der Unterschied liegt insbesondere darin, dass Personen und Gruppen, die emanzipatorische Forderungen auf ihre Transparente geheftet haben, nach einem massiven Backlash nicht nur am Boden liegen, sondern bald auch beginnen, die eigenen Agenden und Forderungen, ja die wichtigsten sozialen und politischen Errungenschaften in Frage zu stellen und sich zusehends auf die Ebene des „Gegners“ begeben. Backlash bedeutet vor allem die Übernahme des gegnerischen Denkhorizonts. Das Ziel wird verkleinert, die Forderungen auf die „Realität“ zurückgeschraubt, der Diskurs wird bescheidener, und die Aktivist_innen werden „reifer“.

Wer sich die Geschichte als einen geraden Weg hin zum Guten und Schönen vorstellt und den Fortschritt für eine unwiderrufliche Entwicklung hält, sollte sich jene Rückschläge anschauen, welche etwa die verschiedensten US-Bürgerrechtsbewegungen seit den 1960er Jahren

einstecken mussten, so auch die feministischen Bewegungen oder der relativ junge PC-Diskurs. Präsident Trump hat Schläge gegen emanzipatorische Bewegungen und Initiativen zur politischen Kunstform entwickelt, so wie er Personen tagtäglich aufs Ärgste diffamiert, die für Emanzipation eintreten. Nicht viel anders ist die Lage in der Alten Welt, wo im letzten Jahrzehnt fast alles, was mit Demokratie und Menschenrechten in Verbindung gebracht wird, harte Gegenschläge hat erleiden müssen.

Ironie am Rande: Während die emanzipatorischen Subjekte von Logik, Diskurs und Denkhorizont der autoritären, konservativ bis reaktionären Kräfte „angesteckt“ werden und ihre fortschrittlichen Positionen nach und nach aufgeben, übernehmen just jene autoritär-reaktionären Kräfte bei Wiedererrichtung rassistisch-patriarchal-ausbeuterischer Strukturen die Begrifflichkeit der emanzipatorischen Bewegungen. Sie nennen beispielsweise die Öffnung der Grenzen „Rassismus gegen die eigene Bevölkerung“, die politisch korrekte Sprache „linken Faschismus“, humanitäre Hilfe für Geflüchtete „Verbrechen an Flüchtlingen“ und feministische Forderungen „Lustfeindlichkeit“.

Was bereits vor fast 20 Jahren als Backlash sichtbar wurde, hat heute wohl seinen Zenit erreicht. Wir leben in einem Zeitabschnitt rechter Politik, die ihre Hegemonie zu konsolidieren sucht. Nicht nur Linke erleben in diesen Tagen eine politische Depression, sondern auch Liberale und bürgerliche Verfechter_innen der Rechtsstaatlichkeit. Folgerichtig höre ich zunehmend die „gutgemeinte“ Klage, das alles sei die Schuld der Linken – ihr fehlendes Gegengewicht, ihre mangelhaften Alternativen zum bestehenden System, ihre Social-Media-Blasen und vor allem ihre realitätsfremden Themensetzungen (Stichwort: Transgender-Toiletten) hätten den Rechtsruck bewirkt. Selbstzerfleischung war immer schon eine linke Disziplin, aber nun mischen sich auch jene in den Klagechor, die selbst bei jeder Gelegenheit die Linken bekämpft haben – das Ganze ist nicht nur unfair, sondern auch schlichtweg unsinnig.

Abgesehen davon, dass diese – derzeit sehr angesagte – Klage selbst ein musterhaftes Beispiel für den Backlash darstellt, schließt jeder Widerstand Rückschläge mit ein. Es ist wichtig zu wissen, dass mancher Rückschlag eine Schicht bildet, auf die sich autoritäre, anti-emanzipatorische Gesellschaftsmodelle stützen können. Wenn zu viele Schichten übereinander liegen, kommt es zu einer Verkrustung und es wird naturgemäß schwieriger, diese Strukturen zu durchbrechen. Ein solches Erfahrungswissen macht aber den Widerstand nicht überflüssig; im Gegenteil zieht die Herausforderung der Macht Widerstand nach sich.